

Danziger Volksstimme



Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 60.— Mk., wöchentlich 15.— Mk. In Pommerellen: monatlich 60.— Mk. polnische Währung. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Zeile 10.— Mk., von auswärts 12.50 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bef. Tarif, die 3-spaltige Neblamezeile 30.— Mk., von auswärts 35.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telephon 3900.

Nr. 210

Donnerstag, den 7. September 1922

13. Jahrgang

Die Völkerbundstagung in Genf.

Die heutigen Beratungen des Völkerbundes brachten eine längere Rede des Lord Robert Cecil. Er behandelte u. a. die oberste Frage, die Saar- und die Danziger Frage, ferner den deutschen Marktzug. Ueber den Abschluss des deutsch-polnischen Abkommens unter der Leitung Caloubers sprach er seine Bewunderung aus und ging dann auf die Verhältnisse im Saargebiet über. An der Neubestimmung des Vektors im saarländischen Gebiet sei scharfe Kritik geübt worden. Er fragte sich, ob es angesichts der zahlreichen Projekte aus dem Saargebiet nicht am Platze wäre, das der Rat sich einmal energisch mit der Schlichtung dieses Streitfalls befasse. Diese Ausführungen erregten allgemeines Aufsehen. Endlich regte er an, daß zur Behandlung der besonders schwierigen Danziger Fragen ein besonderer Ausschuss eingesetzt werden möge. Am weiteren Verlauf seiner Rede ging er auf die schwierige wirtschaftliche Krise ein, die gegenwärtig die Welt, vor allem Deutschland, erschüttert. Er wies auf den Grund der durch den Marktzug geschaffenen Lage hin, die nach Ansicht unterrichteter Leute dazu führen könne, daß Deutschland in wenigen Monaten dort sei, wo sich heute Österreich befindet. Dazu käme die überaus verwickelte Reparationsfrage. Er könne aber keine bestimmte Lösung vorschlagen. Er forderte die Versammlung auf, alle diese Fragen, die das öffentliche Leben angingen, mit äußerster Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Zur Abrüstungsfrage bemerkte Lord Cecil, daß vielleicht in diesem Jahre die gemachten Vorschläge noch nicht ganz sprechbar seien und daß man auf das nächste Jahr hoffen könnte. Sollte aber auch ein tatsächlicher Erfolg nicht erzielt werden, so habe man jedenfalls das erreicht, daß der Weg bezeichnet worden sei, den man heute einschlagen müsse. Die vielbesprochene politische Abklärung, erklärte Lord Robert Cecil, sei leider noch nirgends vollzogen, und darin liege er auch den Grund zu den meisten wirtschaftlichen Wirren und Zwistigkeiten. Wenn man erkenne, daß diese oder jene Frage eine unmittelbare Folge des Krieges sei, die den Völkerbund nichts angehe, da er ein Organ für den Frieden sei, dann müsse man demgegenüber feststellen, daß alles, was sich an Kriegsfragen angeschlossen, gerade die vornehmste Aufgabe des Völkerbundes darstelle. Er müsse die Verantwortlichkeit übernehmen und dürfe sich nicht nur mit zweifelhafte Fragen beschäftigen. Er müsse sich nach dem französischen Wort richten: „Mühelosigkeit, Mühseligkeit und noch einmal Mühseligkeit.“ Ohne mutige Initiative werde es der Völkerbund niemals zu der Bedeutung bringen, die ihm zukomme.

Der österreichische Bundeskanzler Seipel schilderte die Not seines Vaterlandes. Er betonte, daß es zweifellos zu den Aufgaben des Völkerbundes gehöre, ein so ungeheures Unglück zu verhindern, wie es der Zusammenbruch Österreichs wäre. Das Ausland sei sich darüber nicht klar, ob Österreich überhaupt lebensfähig sei oder nicht. Österreich, so wie es der Vertrag von St. Germain geschaffen und seinem Schicksal überlassen habe, sei nicht lebensfähig. Es bedürfte der Garantien aller oder einiger Mächte, damit Österreich den notwendigen Kredit erhalte. Diese Kredite sollen dazu dienen, den weiteren Verfall der österreichischen Währung aufzuhalten. Für ihre Beteiligung an der wirtschaftlichen Wiederverwertung Österreichs sei eine Kontrolle der Mächte über die Verwendung der Kredite unvermeidlich, sie dürfe aber nicht die Souveränität Österreichs beeinträchtigen. Verlust der politischen Freiheit, selbst bei äußerem Schein der Souveränität sei viel demütigender als sofortiger Verzicht auf Unabhängigkeit und Anschluß an ein großes Ganzes. Dann würde Österreich wenigstens an der Souveränität eines großen Volkes teilnehmen.

Der Präsident der Völkerbunderversammlung erklärte Pressevertretern gegenüber, daß der politische Einfluß des Völkerbundes noch schwach sei, und daß es ein Arrium wäre, von ihm mehr zu verlangen, als er geben könne. Wenn man seinen Einfluß stärken wolle, sollte man kein Land zwingen, eine Entscheidung gegen seinen Willen anzunehmen, aber auch kein Land seinem Schicksal überlassen.

Zum Präsidenten der Völkerbundstagung war der chilenische Gesandte in Paris Edwards gewählt worden. In dieser Wahl erklärte das Sekretariat der peruanischen Delegation in einem Brief an das „Journal de Geneve“, daß es in Peru unmöglich sei, der Ernennung eines Präsidenten zuzustimmen, der der Delegation Chile angehört, da zwischen Chile und

Peru noch ein ungelöster Streitfall bestehe. In dem Schreiben heißt es u. a.: Frankreich lehnt trotz seiner Größe und seines Edelmutts Deutschlands Zulassung zum Völkerbund ab. Wie kann man sich dann über unsere Haltung wundern angesichts eines Staates, zu dem wir keine diplomatischen Beziehungen haben und von dem wir immer noch die Wiederherstellung für das uns durch einen Eroberungskrieg entzogene Gebiet erwarten.

Die Verhandlungen mit Belgien in Berlin.

Gestern verhandelten die belgischen Delegierten Hemeelman und de la Croix, der belgische Gesandte de la Noelle und der Brüsseler Bankier Philippson mit dem Reichskanzler und später mit dem Reichsfinanzminister Dr. Herms. Man ist der Ueberzeugung, daß sich die Verhandlungen in rein geschäftlicher und förderlicher Richtung vollziehen werden. Von deutscher Seite ist man bereit, durch positive Vorschläge den Vertretern Belgiens die Auffindung eines Weges zu einem tatsächlichen Ergebnis zu erleichtern.

Hemeelman gab dem Berliner Vertreter der Agence Havas folgende Erklärungen ab über den Verlauf der Verhandlungen des ersten Tages mit der deutschen Reichsregierung: Die heutigen Besprechungen hatten nur vorbereitenden Charakter. Morgen vormittag 10 Uhr werden wir uns beim Reichsfinanzminister einfinden, um zu hören, wie die Vorschläge der deutschen Regierung lauten. Ich habe die Ueberzeugung, daß die deutsche Regierung uns ernsthafte und genügende Sicherheiten bieten kann, die uns davon entbinden werden, die Goldreserve der Reichsbank in Anspruch zu nehmen, ein Mittel, zu dem wir nur im äußersten Notfall unsere Zuflucht nehmen würden. Wenn man dennoch diese Reserve angreifen müßte, so würde es sich nur um einen äußerst geringen Betrag handeln. Ich bin daher Optimist und glaube, daß die Verhandlungen sehr rasch fortschreiten werden. Ich rechne damit, daß wir am Sonnabend nachmittag wieder abreisen können.

Die polnisch-litauischen Beziehungen.

Die zum polnischen Staatsgebiet aus der Zeit vor der ersten Teilung Polens gehörigen östlichen Stämme: Litauer, Weißrussen, Ukrainer, sind durch diesen staatlichen Zusammenhang zum Teil katholisiert und polonisiert worden, vor allem natürlich an den ethnographischen Grenzen Polens. Das polnische Adelsregiment verstand es, diese Polonisierung von oben her zu beginnen. Der Bauer und Landarbeiter dagegen hatte in dem Gutsherrn nicht nur den sozialen Bedrücker, sondern auch den Fremdstämmigen. Der Gegensatz des erwachenden nationalen Bewusstseins der Nachbarvölker Polens gegen polnische Bevormundung war daher besonders groß. Heute sehen wir bei all diesen Grenzvölkern Polens das selbe Bild. Eine teils zugewanderte, teils assimilierte Oberschicht katholischer Konfession in den an Polen grenzenden Streifen fühlt polnisch, das Volk in seiner Gesamtheit dagegen kämpft um seine staatliche Freiheit.

Von Litauen ist tatsächlich ein großes Stück mit der alten litauischen Hauptstadt Wilna ziemlich stark polonisiert. Dieses Gebiet hat Polen auch widerrechtlich durch den Handstreich des Generals Selegowski im Herbst 1920 okkupiert und sich, ebenfalls eigenmächtig, Ende vorigen Jahres, einverleibt. Damit hat es sich aber zugleich Litauen zu einem unversöhnlichen Feinde gemacht. Polen, im glücklichen Besitz des geraubten Wilnalandes, hat immer und immer wieder versucht, mit Litauen direkte Verhandlungen anzuknüpfen. Litauen hat daraufhin stets erst Räumung des Wilnaer Landes verlangt. Schließlich ist Polen der Schatzzug gelungen, daß die Entente Litauen die Anerkennung de jure anbot unter der Bedingung, daß Litauen der im Verfallener Vertrag vorgesehenen Internationalisierung des Memelstromes zustimme. Aber Litauen war sich darüber klar, daß es damit nicht nur Polen den wirtschaftlich wichtigen Holztransport auf der Memel freigäbe, sondern auch den polnischen Besitz des Oberlaufes der Memel im Wilnaer Land anerkenne. Es erklärte sich daher grundsätzlich zur Internationalisierung der Memel bereit, stellte aber wieder die Vorbedingung der Räumung des Wilnaer Landes durch Polen.

So wäre die polnisch-litauische Frage auf dem toten Punkt, wenn nicht über Polen die Befürchtung schwebte, daß die Entente, der die Regelung der Ostgrenzen Polens vorbehalten ist, Polen wegen seines eigenmächtigen Vorgehens gegen Litauen noch Schwierigkeiten bereiten könnte. Diese Befürchtung ist gegenwärtig aktuell. Der Völkerbund hat über die Wilnaer Frage für Polen sehr ungünstig lautende Berichte an seine Mitglieder verfaßt und hat außerdem die Aufgabe übernommen, den an der Grenze des Wilnaer Landes gegen Polen noch bestehenden neutralen Streifen zu liquidieren. Eine lebhaftere Agitation in Polen, die natürlich gegen Litauen besonders mit dem Vorwurf der Konspiration u. d. Deutschland arbeitet, zeigt die polnische Besorgnis. Nun liegt ja in der Wilnaer wie in der ostgalizischen Frage die Sache so, daß Polen zweifellos Rechtsansprüche nicht besitzt, aber auch niemand in der

Lage ist, ihm sein unrechtes Gut abzunehmen. Aber bezüglich dieses für Polens Verhältnis zu fast allen seinen Nachbarn typische Beispiel doch, und früher oder später kann sie wohl für Polen peinliche Folgen haben.

Griechenlands Zusammenbruch in Kleinasien.

In Kleinasien spielt sich augenblicklich die Liquidation des Weltkrieges in einer besonderen Art ab. Die Türkei steht seit 1914 im Krieg. Der Friede von Sevres, in dem die Siegerstaaten das türkische Reich unter sich aufteilten, sollte einen Prozeß vollenden, der bereits im vorigen Jahrhundert begonnen hatte. Bis zum Beginn des Weltkrieges war das Osmanenreich nahezu aus Europa verdrängt worden, Sevres sollte der Türkei überhaupt ein Ende machen. Man fand eine schwache Regierung vor, die das Todesurteil unterzeichnete, aber fern von Konstantinopel, in Angora, sammelte sich unter Kemal Pascha eine Opposition, die den Krieg weiterführte, um diesen „Frieden“ zu verhindern. Griechenland, dem im Frieden von Sevres das Gebiet von Smyrna zugesprochen wurde, erhielt den Auftrag, die kemalistische Opposition niederzuschlagen. Es setzte jener jahrelange Kampf ein, der bei wechselnden Erfolgen zu keinem Ende kommen konnte.

Wenn sich jetzt das Kriegsalter endgültig auf die Seite der Türken wenden zu wollen scheint, so ist nicht zum geringsten Teil die Uneinigkeit der Entente daran schuld. Mehr noch als in Europa zeigt es sich in Kleinasien, daß die Kampfgemeinschaft der Entente längst ein sehr vager Begriff geworden ist, weil sie sich über die Verteilung der Beute nicht einig werden kann. Frankreich und England kämpfen um den maßgebenden Einfluß in Kleinasien. Italien spielt in diesem Kampf eine schwankende Rolle. Während die hauptsächlich kontinentalpolitisch eingestellte Kammermehrheit zu England hinneigt, drängen die nationalitätsfaszistischeren Elemente Italiens in eine aktive Kolonialpolitik hinein, die gegen England und Griechenland gerichtet ist.

Frankreich warf im Herbst vorigen Jahres den Vertrag von Sevres endgültig über Bord. Es schloß mit der provisorischen Regierung von Angora (die offiziell Krieg gegen die Entente führt!) einen Vertrag, in dem es sich zu jeder materiellen und ideellen Hilfe verpflichtete, und fiel so der Entente in den Rücken. Wenn heute die türkischen Truppen in der Lage sind, die griechische Besatzungsarmee in das Meer zu treiben, so dürfen sie Frankreich dafür ihren Dank abstaten. Die Türken brachen am 23. August, kurz bevor sich die Entente in Venedig wieder einmal über das Schicksal Kleinasiens und die Liquidation des griechischen Abenteuer unterhalten wollte, überraschend aus ihren Stellungungen, in die sie bei der vorjährigen griechischen Offensive zurückgedrängt waren, vor, eroberten Osttkehir und Asinn Karahisar, wichtige Eisenbahnknotenpunkte und Lagerstätten der Griechen, trennten die griechische Nordarmee von der Südarmerie und nahmen auf dem Wege nach Smyrna Usak im Sturm, während ihnen im Norden auf dem Wege nach der nördlichen Hafenstadt Brussa, die sie inzwischen erreicht haben, kein ernsthafter Widerstand entgegentrat. Wenn die türkische Armee sich jetzt bis auf 60 Kilometer Smyrna genähert hat, so gelang dies überraschend schnelle Vorgehen durch ein Abgehen von der Bahnlinie Usak-Smyrna, indem die Seereschiffung in geschickter Geländeausnutzung ein südliches Talgewinde benutzte, das in derselben Richtung wie die Hauptbahnlinie nach Smyrna führt. Die Türken nähern sich damit jetzt von Norden, Westen und Süden der Hafenstadt Smyrna.

An Ententekreisen rechnet man offenbar nicht mehr damit, daß sich die griechischen Truppen in Kleinasien halten können. Damit beginnt ein neues Kapitel in dieser Tragödie, die schon soviel gelöst hat und die leider auch auf wichtige Entscheidungen in der europäischen Nachkriegspolitik nicht ohne Einfluß blieb. Für die Osmanen bedeutet dieses Kapitel einen großen Gewinn, auf den das tapfere und viel geprüfte Volk, um dessen Land die Imperialisten Europas nun schon seit Jahrzehnten wüßten, ein volles Anrecht hat. Daß der Sieg den Türken den Frieden bringen wird, ist zu hoffen, ob er auch das Ende des kleinasiatischen Nachkampfes zwischen England und Frankreich bedeuten wird, ist zweifelhaft.

Zu den Verhandlungen mit Belgien.

Die Reichsregierung ist sich dahin klärlig geworden, vorläufig gegenüber der Entscheidung der Reparationskommission eine abwartende Haltung einzunehmen. Man will zunächst die belgischen Vertreter in die Reparationskommission, Delacroix und Demelmans, in den Mittelnach in Berlin begonnenen Verhandlungen zu Wort kommen lassen, um ihre Garantieforderungen zu hören.

Dazu wird uns aus Berlin geschrieben: Die Haltung der Reichsregierung ist durch die gegenwärtige Lage gerechtfertigt. Frankreich hat zweifelloso durch die Entscheidung der Reparationskommission eine Niederlage erlitten, und sucht die Verständigungsmöglichkeiten zwischen Belgien und Deutschland zu sabotieren. Die von französischer Seite immer wieder mit Nachdruck erhobene Forderung der Hinterlegung in Gold als Garantieleistung für die von Deutschland an Belgien auszubändigenden Schatzwechsel, noch bevor sich überhaupt die belgische Regierung über die zu verlangenden Garantien geäußert hat, kennzeichnet klar die Lage.

Es ist anzunehmen, daß die Vertreter Belgiens sich ebenso der Ansicht für wirtschaftliche Notwendigkeiten verschließen, wie es bisher in den maßgebenden Kreisen Frankreichs der Fall war. Die Reichsregierung geht mit dem besten Willen zur Verständigung an die Verhandlungen, und sie ist sich klar darüber, daß Garantien geleistet werden müssen. Aber sie vertritt andererseits auch die Auffassung, daß nur solche Garantien geleistet werden dürfen, die keine weitere Erschütterung unserer inneren Verhältnisse mit sich bringen. Deutschlands Lage ist bitterernst. Unsere Mark hat fast den Nullpunkt erreicht, und man muß sich von vornherein darüber klar sein, daß durch weitere Goldgarantien unsere Währung vollends vernichtet würde. Es gibt andre wirtschaftspolitische und handelspolitische Garantien, die weniger erschütternd auf die Verhältnisse Deutschlands wirken als die Deposition unserer letzten Goldreserve und die zu geben die Reichsbank bereit ist.

Auf den Unterhändlern der belgischen Regierung lastet eine große Verantwortung. Sind sie sich der Schwere der innerpolitischen Lage Deutschlands bewußt, und erkennen sie, welche Verantwortung sie gegenüber Europa tragen, dann müssen sie mit Deutschland eine Verständigung suchen, die uns die letzten Lebensnotwendigkeiten läßt, andererseits aber auch Belgien in einem Maße gerecht werden läßt, wie es seinen gegenwärtigen Bedürfnissen entspricht.

Vetland und Deutschland.

Der lettlandische Ministerpräsident Peterowicz hielt in der lettlandischen Gesellschaft für kulturelle Vertiefung eine große politische Rede, in der er u. a. hinsichtlich des lettlandischen Verhältnisses zu Deutschland ausführte: „Mit Deutschland sind die Beziehungen normal geworden. Von einer Freundschaft kann jedoch keine Rede sein, solange Deutschland unsere Forderung nach einer Kriegsentwädigung nicht anerkennt. Wirtschaftliche und Handelsverträge wären bereits fertiggestellt, könnten aber nur unterzeichnet werden, wenn unsere Forderung von Deutschland anerkannt werde. Ueberdies ist während des siebenhundertjährigen Zusammenlebens der Letten und Deutschen die Feindschaft eher gewachsen, als daß von einer Freundschaft gesprochen werden könnte. Die Deutschen waren während der vorhergehenden Jahrhunderte im Baltikum Kolonialisten, und da jetzt Deutschland seine Kolonien verloren hat, ist es um mit seinen Kolonialplänen gefährlicher denn je. Darüber hat sich Dr. Rathenau während der Weimarer Konferenz öffentlich ausgesprochen. Das lettische Volk konnte keineswegs verstehen, daß während der Okkupation von Lettland große materielle Reichthümer aus Lettland herausgeholt wurden. Die Letten weiß genau, daß Deutschland zahlen kann, und deshalb läßt sie von ihren Forderungen nicht ab. Der Vertrag von Rapallo ist nicht weiter wie eine Ausbeutung Sowjetrußlands. Dank seiner Arbeitsenergie wird Deutschland als Sieger aus allen Schwierigkeiten hervorgehen. In welcher Lage würden wir uns befinden, wenn wir uns jetzt unter deutscher Herr-

schaft befänden, jetzt, da die deutsche Mark gleich 10 lettischen Kopelen ist?“

Die Türken vor Smirna.

Aus London wird über den Stand der griechisch-türkischen Verhandlungen gemeldet: Es steht eine große Schlacht in Kleinasien bevor. Brussa sei von den Türken genommen worden. Der türkische Vormarsch dauert ununterbrochen an. Am 11. März haben die Operationen wieder begonnen, und die Griechen mußten die Äden auf dem nördlichen Flankens zurückweichen. Die griechische Armee soll sich in voller Mächtigkeit befinden und wird von liegern und türkischer Kavallerie verfolgt. Türkische Verbände geben in der Richtung auf Smirna weiter vor. Nach einer Konstantinopeler Meldung sind die Kemalisten bereits in die Bots eingedrungen, die durch den Vertrag von Sèvres den Griechen zugesprochen wurde. Aus Smirna wird über das Geseh der Flüchtlinge berichtet, die in großen Mengen dort eintriften. Die Bestände und Archive der dortigen Missale der Bank von England sind nach Athen überführt worden.

Verhärfung der sozialen Kämpfe in den Vereinigten Staaten.

Vor einem Generalstreik?

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat laut Meldungen aus Washington die Beschlagnahme der Gewerkschaftsgelder angeordnet, die zu Streikzwecken gesammelt sind.

Dazu wird aus Washington noch gemeldet: Der Befehl der Regierung, die zu Streikzwecken gesammelten Gewerkschaftsgelder mit Beschlag zu legen, hat in der Arbeiterschaft große Erregung hervorgerufen. Der große und socht als gemäßigter bekannte Gewerkschaftsführer Comover hat als Antwort darauf die Frage des Generalstreiks bei im Schoß der Federation of Labor zusammengesetzten Gewerkschaften aufgeworfen. Man sieht der weiteren Entwicklung des Konfliktes mit Spannung entgegen, denn trotz der verschiedenen schweren Lohnkämpfe einzelner großer Arbeitergruppen in der letzten Zeit ist Amerika bisher ohne solchen tiefenhaften Passivaktion. Die Federation of Labor umfaßt 6 Millionen organisierte Arbeiter. Es ist nur zu erwarten, daß bei steigender Erregung und Verwirrung die Massen der Fäbrung der Gewerkschaften entfallen könnten. Man sieht mit Besorgnis voraus, daß die nach außen hin sich unpolitisch gebärdende, aber sehr revolutionär gestimmte Gruppe der International Workers of the World über andere radikale Elemente die Führung an sich reißen und die Bewegung in gefährliche Bahnen lenken könnten. Durch diese Verhärfung der sozialen Kämpfe ist hier das Interesse für europäische Angelegenheiten noch mehr in den Hintergrund gedrängt worden.

Ein Bild von den Profitkämpfen des amerikanischen Großkapitals entwirft folgender Bericht: Der „New American“ erklärt, daß der eigentliche Grund für das Vergehen des großen Automobilfabrikanten Ford, der seine Werke schließen will, in seiner Belagerung liegt, die erhöhten Preise für Rohstoffe, die vom Stahlmarkt verlangt werden, zu bezahlen. Die Erhöhung hat stattgefunden wegen einer vorübergehenden Verknappung der Rohstoffe. Ford hat sich jedoch entschlossen, die Preise für Stahl zahlen zu lassen, weil er nicht die Konkurrenz präferieren und nicht über die Preise für Stahl zahlen will. Unter Automobilgesellschaft heißt alle Melodie. Wir bauen täglich 1500 Wagen und bekommen Aufträge für 800 Wagen täglich. Ich kann Kohlen und Stahl bekommen, wenn ich die Ausbeutung bezahle, aber das will ich nicht. Die Eisenbahn- und Kohlenstreiks sind eine Verheerung amischen Verkehr (Werkstätten) und den Führern der Arbeitergewerkschaften, die in enger Zusammenarbeit mit den Besitzern der Eisenbahnen und Bergwerke stehen. Es ist Zeit, daß eine solche Ver-

schärfung, um das Publikum auszuländern, öffentlich gebrandmarkt wird. Ebenso kräftig ist Senator Calver aufgetreten. Er hat die Regierung erlucht, die Bergwerke zu beschlagnahmen und selbst in Betrieb zu nehmen, wenn die beiden streikenden Parteien nicht innerhalb 48 Stunden den Streik zu Ende bringen. Seit fünf Monaten sei nicht mehr eine Tonne Anthrazit produziert, von dem das Land abhängig. Nicht mehr als zehn Prozent der Familien in den nördlichen und östlichen Staaten hätten Kohlen in ihren Kellern. Um die Zeit müßte mindestens die Hälfte der Bevölkerung ihre Winterverträge bereits haben.

Deutschlands finanzieller Abrutsch.

Einer sozialistischen Korrespondenz ist von der preussischen Finanzverwaltung mitgeteilt worden, daß in den letzten zehn Tagen für 28 Milliarden Reichsmark Zahlungsmittel gedruckt und in Umlauf gesetzt worden sind, das sind insgesamt 10 Prozent der gesamten Notenumlauf Deutschlands. Die Tagesleistung der Reichsdruckerei ist jetzt auf 2,8 Milliarden Papiermark gestiegen; sie wird noch im Laufe des Monats auf nahezu 4 Milliarden Papiermark täglich gesteigert werden, wodurch man die Zahlungsmittelnot endgültig zu beheben hofft.

Aufnahme der neuen polnischen Verhandlungen. Western traf in Dresden der Vorsitzende der deutschen Delegation für die deutsch-polnischen Verhandlungen v. Stockhammer und der Vorsitzende der polnischen Delegation Minister v. Ciszowski ein. Beide hatten alsbald nach der Ankunft eine Besprechung über das Programm der Arbeiten, die heute beginnen.

Marcel Sembat gestorben. Aus Paris kommt die betrübende Nachricht, daß der sozialistische Pariser Abgeordnete Marcel Sembat im Alpenkurort Chamouilly (Savoie) plötzlich gestorben ist. Nach dem plötzlichen Tode ihres Gatten hat Frau Sembat den Freitod gesucht. Mit Sembat, der in der französischen Partei eine führende Rolle spielte, hat die französische sozialistische Partei und die französische Arbeiterklasse einen schmerzlichen Verlust erlitten.

Hölz in Breslau. Der zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte Kommunistenführer Max Hölz wurde aus der Strafanstalt Münster, wo er in den Hungerstreik getreten ist, in das Breslauer Staatsgefängnis überführt.

Erhöhung der Versicherungsgrenzen auf 800 000 Mark. Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten beschloß, die Höchstgrenze der Krankenversicherung, der Angestelltenversicherung und der Unfallversicherung auf 800 000 Mark zu erhöhen.

Doch Erweiterung der Bergarbeiter-Neberschichten? Wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung“ erfährt, ist die Meldung, daß der Alte Bergarbeiterverband eine eventuelle Erweiterung des Neberschichtenabts, nens im Zusammenhang mit dem Einkommen abgelehnt habe, vollständig aus der Luft gegriffen.

Die Morde in Oberkassel. Die Beisetzung der beiden in Oberkassel ermordeten belgischen Soldaten hat gestern stattgefunden. Für die Ermittlung der Täter hat der Regierungspräsident von Düsseldorf 100 000 Mark und der Oberbürgermeister 50 000 Mark ausgesetzt. Es soll das Verücht umgehen, — und zwar auch unter dem belgischen Militär —, daß der Mord von einem belgischen Soldaten verübt worden sei.

Städtische Maßnahme gegen die Teuerung. Der Berliner Magistrat verhandelte gestern erneut über Maßnahmen gegen die Teuerung und zur Hilfeleistung für den unbemittelten Teil der Bevölkerung. Es wurden umfassende Maßnahmen für rechtzeitige Versorgung mit Lebensmitteln und Brennstoffen beschlossen.

„Der Mensch ist dumm.“

Der bekannte französische Pessimist Charles Ribot hat ein Buch geschrieben „Der Mensch ist dumm“ — deutsch von Dr. Rudolf Berger, Verlag Neues Vaterland —, in dem er nachgewiesen unternimmt, daß der Mensch alle Eigenschaften an Dummheit weit übertrifft. Ribot läßt zum Beispiel die folgenden Lehren an:

1. Den Mensch des Taktik: Wir wissen daß er sich nicht ist, da er gewisse Takte, wie Schachregeln, Manöver und Automatismen enthält. Menschen aber tremden.
2. Der Mensch hat kein Gedächtnis: Ein Alibiheißt gibt es in der Natur nicht erst der Mensch hat dieses merkwürdige Organ nicht. Die menschlichen Hirnwindungen sind erweitert, dennoch läßt die Menschen sich mit Alibiheißt vergleichen. Das Taktik von A. M. W. L. Von dieser Qualität, die es aus dem Sinnem entfernt, reicher als die übrigen Menschen zu erachten, und die Tiere frei.
3. Die Erziehung von Gott: Die Kinder: Reicht die nationale Industrie vorwärts, die die ausländische, dann braucht sie nicht erziehung zu werden. Reicht sie aber schlechteres, warum soll sie dann erziehung werden? Der Bildung ist dann eine Prämie aus die höchste Arbeit.
4. Die erdliche Monarchie: Auch manche Tiere haben soziale Einrichtungen und leben in Heiden. Das einzige Verrecht des lebenden Tiers ist die der Ansturm auf allgemeine Freizeitspiele, wenn es des Reichen zum Angriff oder zur Abwehr ist. Die Menschen haben jedoch Reaktionen, die nichtschwach oder Handlung waren, über Millionen reagieren haben.
5. Der Krieg: Von nennt Ribot die wolle aller menschlichen Dummheiten, 10 Millionen Verhimmelte und 10 Millionen Tote sind das Ergebnis des Weltkrieges gewesen; geföhrt hat er über 100 Milliarden Francs. Die Tugend, die im Weltkrieg führt, macht nicht an dem folgenden Beispiel klar: Nehmen wir an, daß alle Völker der Erde miteinander Kriegsgeliebten waren, eine unendliche Maschine zu bauen, die 10 Kilometer vom Meeresspiegel Wasser aufstiegt, um es bis zu einer tiefenhaften Höhe emporzuschieben und von da aus wieder mit Geleise hinabzuführen zu lassen. Die hervorgehenden Angelegenheiten machen Entwürfe sehr. Zerrend Millionen Francs

werden dafür veräußert werden. Alle Völker, alle in Betracht kommenden Personen hätten an diesem Wunderwerk mehrere Generationen hindurch gearbeitet. Nehmen wir an, daß das Wasser des Meeres durch eine solche riesenhafte Anstehung hochgezogen werden würde und mitten auf die Straße herabstürzt, in Kloaken, in Fäkalien, in Dämonen unter Wasser ließe die Erde vernichtet, den Boden verbürbe, viele Freigebirgen in Unbrauchbarkeit und Unackerbau verdammt. Was würde man dann von einem solchen Kunstwerk denken? Würde man nicht ausrufen: O, ihr Unvernünftigen! Was müßt ihr ganzes Jenseitigen, wenn sie nur ein Veräußerung des Wassers ist?

Die angeführten Beispiele geben eine Vorstellung von dem Inhalt des Buches, das wegen seiner aufschaulichen Weise leicht auch besonders für die Jugendlesart geeignet ist. Breitet, wenn die Menschen nicht dumm wären, wie könnte die Transnationale Volkspartei bestehen? Dr. A. W.

Der Bonfons-Projekt verlag. Der für den 5. September vor dem Landgericht Rudolstadt in Thüringen angelegte Neustädtertermin im Prozeß des wegen Sittlichkeitsverbrechens zu einem Jahre Gefängnis verurteilten Schulreformers Dr. Gustav Bonfons ist auf Antrag des Verteidigers, Rechtsanwalt Orstapach abtermin, aufgehoben worden. Ueber die Festlegung eines neuen Termins sind noch keine Verfügungen getroffen worden. Bonfons war bekanntlich wegen Vergehens gegen § 175 bestraft. Schon am 30. August v. J. ist er bei dem Landgericht in Rudolstadt wegen Sittlichkeitsvergehens in zwei Fällen zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden.

Ueber die Kinder-Epidemie in Süddeutschland werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Es sind in der Umgebung von Würzburg bisher 50 Fälle an spinaler Kinderlähmung zu verzeichnen. Die Schulen sind geschlossen, die Kinderärztliche Dienste eingesetzt, und die Behörden wachen streng, in deren Familien diese

Krankheit austritt, Kinod, Versammlungen usw. zu besuchen, um die Krankheitskeime nicht zu übertragen. Die Ansteckungsgefahr ist sehr groß. Auch Erwachsene sind schon betroffen. Der Erreger ist noch unbekannt. Mit Vorliebe werden von der Krankheit Kinder im Alter von 2 bis 4 Jahren befallen. Sie zeigen keinen Appetit, sind außergewöhnlich reizbar und schreien bei der geringsten Berührung. Im Anschluß an große Schweißabsonderungen bei 39 und 40 Grad Fieber treten dann für diese Krankheit besonders charakteristische Pannungen ein. Erstmalig ist die spinale Kinderlähmung im Jahre 1906 aufgetreten und hat namentlich in Hessen-Nassau Opfer gefordert. Zur gleichen Zeit wurde sie auch aus Amerika gemeldet. Sie erfolgt dann, um jetzt wieder zu erscheinen. Man hofft, daß die Isolierungen der Erkrankten ein Weitergreifen vereiteln.

Der Dollar und die Preise.

Auf der bekannten Zahlenleiter
Erwiner läßt der Dollar himmeln,
Und alle Preise laufen heiter
Im gleichen Tempo hintereinander —
Der Kaufmann spricht: Ja, diese Sachen,
Die lohnen heut schon wieder mehr.
Bedauere, doch was soll ich machen?
Vieh, reich mal rath das Kurssdiat her! —
Doch wenn — auch dieses gibt's zuweilen —
Der Dollar sich herniederläßt,
Da kennt der Preise Schatz kein Eisen,
Die bleiben, wo sie stehen, fest.
Da bist kein Witten und kein Toben,
Nimm Hinweis auf den Kursbericht,
Sie haben auf den Errosen droben
Und grinsen sich dir ins Gesicht.

Wolter Michael.

Danziger Nachrichten.

Eine Rekordleistung des Volkstages

war die gestrige Sitzung. Die aus 10 Punkten bestehende Tagesordnung war in knapp 10 Minuten erledigt. Es handelte sich in der Mehrzahl um die erste Lesung von Gesetzen, die sämtlich ohne Aussprache den zuständigen Ausschüssen überwiesen wurden. U. a. stand auch die Ver-
mögenssteuer zur 1. Beratung. Mit Rücksicht darauf, daß der Finanzminister Dr. Volkmann in Genf weilte, wurde von einer Aussprache darüber abgesehen. Das Volks-
tagswahlgesetz wurde in 3. Lesung verabschiedet. Der letzte Punkt der Tagesordnung: Bericht des Reichs-
ausschusses über den sozialdemokratischen Antrag über die
Einrichtung eines Arbeitsamtes und über die
Verkaufslöhne der Arbeiter kam nicht zur
Beratung, da die Antragsteller die Vorlage, der sie eine
andere Fassung geben wollten, zurückgezogen hatten. Vor
Eintritt in die Tagesordnung gab der Präsident bekannt,
daß der Abg. Heberich (M. S. P.) sein Volkstags-
mandat niedergelegt hat. Das Spud verlief
auf Donnerstag, nachmittags 3 Uhr.

Lohnregelung im Klempner- und Heizungsfach.

Vom Deutschen Metallarbeiterverband wird uns ge-
schrieben: Gemäß der Abmachung, die feinerzeit beim Ab-
bruch des Streiks im Klempnergewerbe getroffen wurde,
schickten sich die Septemberlöhne von selbst um den Pro-
zentfuß erhöhen, den die amtliche Teue-
rungsschätzung im letzten Drittel des August
nachweist. Diese Statistik herauszugeben weigert sich je-
doch das Statistische Amt, so daß diese Gruppen nur die
Durchschnittszahl der Teuerung des Monats August anwen-
den können, die eine 68-prozentige Teuerung nachweist.
Unter diesen Umständen hat der Deutsche Metallarbeiter-
verband bei den Unternehmern beantragt, daß die 68-prozen-
tige Lohnerhöhung nur bis 1. d. d. gelten soll. Eine endgültige
Eklärung der Unternehmern liegt bis zur Stunde nicht
vor. Die Klempner und Rohrleger müssen aber trotz dieser
befremdlichen Duzelung der Regelung dieser Angelegenheit
durch die Arbeitgeber am Freitag, den 8. Sept., bei der Lohn-
zahlung ab 1. Sept. folgende Löhne verlangen: Gesellen,
Monteure im 1. Tätigkeitsjahre bisher 29 Mk. plus 68 Pro-
zent = 49 Mk. (Auszubildende), alle übrigen 22 Mk. plus 68
Prozent = 37 Mk., Helfer über 20 Jahre 27 Mk. plus 68
Prozent = 45 Mk., unter 18-20 Jahre 24 Mk. plus 68
Prozent = 40 Mk., unter 18 Jahre 16 Mk. plus 68 Pro-
zent = 27 Mk.

Ferner folgt am 8. September eine einmalige Zahlung
an alle Monteure, Gesellen und Helfer im
Betrag von 1000 Mark. Wer nicht bei einer Firma der
ganzen Monat August gearbeitet hat, soll anteilmäßig diesen
Betrag erhalten und zwar wird pro geleistete
Stunde 5 Mark gezahlt. Also z. B. 70 Monats-
stunden à 5 Mark = 350 Mark usw.

Das Porto für Postsendungen nach dem Ausland
wird ab 10. September erhöht. Außer nach Deutsch-
land, dem Rheingebiet und Polen sollen Auslands-

sendungen von Danzig dann: Brief bis 20 Gr. 10 Pf.,
jede weiteren 20 Gr. oder ein Teil von 20 (Gramm
5 Pf., die einfache Postkarte 6 Pf., die Postkarte mit
Antwort 12 Pf., Druckbogen je 50 Gr. 2 Pf., Ge-
schäftsankarte je 50 Gr. 2 Pf., mindestens aber 10 Pf.,
Kartenproben je 50 Gr. 2 Pf., mindestens aber 4 Mark.

Die neue Erhöhung der Beamten- gehälter.

Die am 4. September zwischen den beteiligten Ge-
werkschaften und der Reichsregierung geführten Ver-
handlungen bringen den Beamten eine Erhöhung der
Bezüge gegenüber dem August um rund 30 Pro-
zent. Leider gelang es auch diesmal nicht, den Kopfschlag
zu erhöhen. Der prozentuale Teuerungszuschlag steigt
nach der neuesten Regelung von 135 auf 137
Prozent. Für die ersten 10 000 Mark Grundgehalt und
Erlöszuschlag werden 492 Prozent gezahlt. Der Teue-
rungszuschlag zu den Rinderzulagen erhöht sich eben-
falls um 132 auf 137 Prozent. Die Zulage bringt dem
als „Eichmann“ in Betracht kommenden Beamten der
Besoldungsgruppe 8 Stufe III in Ortsklasse A ein
Mehr von monatlich 2244 Mk., dem Verbeirateten mit
einem Kind unter den gleichen Voraussetzungen 2573
Mark. Die Gewerkschaften haben sich vorbehalten, für
den Fall, daß die Preissteigerungen in dem gleichen
Maß sich fortsetzen, neue Verhandlungen anzubahnen.
Für die Arbeiter bei der Reichsverwaltung und in
den Reichsbetrieben ist mit den Gewerkschaften ver-
einbart worden, daß die Lohnerrhöhung für September
beträgt bei mehr als 24 jährigen Arbeitern im allge-
meinen in Ortsklasse A 12 Mark in der Stunde, bei
mehr als 24 jährigen Arbeiterinnen in derselben Orts-
klasse 7,00 Mark in der Stunde. Diesen Erhöhungen
haben Reichsrat und (ständiger) Heberwahrungsaus-
schuß des Reichstages zugestimmt.

Notstandsmassnahmen für Sozialrentner.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten be-
schäftigte sich am 5. September mit einer Vorlage des Reichs-
arbeitsministers, die der dringendsten Not der Sozial-
rentner abhelfen soll. Das Reich stellt eine Mil-
liarde Mark zur Verfügung, die an die Länder zur Ver-
teilung kommt, wobei 20 Millionen Mark als Sonder-
zuschüsse für die besetzten Gebiete gedacht
sind. Die Länder bestimmen Art und Umfang der Notstands-
massnahmen und regeln die Verteilung der Reichszuschüsse
an die Gemeinden. Als Notstandsmassnahmen kommen ins-
besondere in Betracht Massnahmen zur Beschaf-
fung billiger Lebensmittel, Kleider und
Bekleidung. Von den Reichszuschüssen dürfen neun Zehntel
nur zu Notstandsmassnahmen verwendet werden, deren
Kosten von den Ländern und Gemeinden zu einem Drittel
aus ihren eigenen Mitteln getragen werden. Die Regie-
rungsvertreter betonten, daß es sich jetzt um eine Aktion zur

Erhaltung der Notstandsmassnahmen handelt, ohne daß damit
einer

Veränderung der augenblicklichen Not handle, ohne daß damit
einer

hald folgenden Erhöhung der Renten

vorzuzugreifen werden sollte. Im Verlauf der weiteren De-
batten wurde der Wunsch der Rentnereuphänger für die
neuen Notstandsmassnahmen obligatorisch nach Maßgabe des Na-
milienstandes gehalten, soweit sie nach dem Notstandsgesetz
vom 20. Juli bezugsberechtigt sind. Drei Vorlagen des
Reichsarbeitsministers seien eine

Verdoppelung der Versicherungsquote der Angestellten- versicherung

von 100 000 auf 200 000 Mark, sowie der Grundlöhne und der
Erhöhung der Beiträge bei den Krankenkassen und die Er-
höhung von Geldbeträgen in der Kranken- und Unfall-
versicherung vor. Die Grundlöhne bei den Krankenkassen
wurden von 80 bzw. 120 Mark auf 160 bzw. 240 Mark er-
höht. Die Höchstgrenze der Krankenversicherung und der Un-
fallversicherung wurde auf 200 000 Mark festgelegt. Die
Vorlage über die Erhöhung von Geldbeträgen in der Kran-
ken- und Unfallversicherung wurde angenommen. Vollstän-
dig folgte der Freikant unversichert diesen Beschäftigten,
wie es ja bisher heißt, leider aber immer nur mit größeren
Verzögerungen der Fall war

Metalldiebstahl auf der Werk. Vier Arbeiter der Dan-
ziger Werk hatten sich wegen Diebstahls an Metall und
Kupfer im Werte von 800 Mark zu verantworten. Sie nah-
men von der Arbeit gemeinsam Metall mit nach Hause. Dann
wurde es verkauft und der Erlös verteilt. Der An-
walt beantragte empfindliche Strafen, da diese Metall-
diebstahl auf der Werk bestraft werden müßten. Das Ge-
richt verurteilte den Arbeiter, der das Metall eingeschmolzen
hatte, zu 1 Monat Gefängnis oder 3000 Mark Geldstrafe,
die anderen drei Angestellten zu je 2 Wochen Gefängnis oder
1500 Mark Geldstrafe.

Wer Briefe nach Polnisch-Schlesien sendet. Um Ver-
zögerungen bzw. Rückweisung von Postsendungen seitens Polen
zu vermeiden, soll es angebracht sein, für Postorte in Polnisch-
Oberschlesien neben der deutschen Bezeichnung den neuen
polnischen Ortsnamen in Klammern zu vermerken. Die haupt-
sächlichsten Orte sind wie folgt umgetauft: Bielechowitz (Biel-
szowice), Neu-Berun (Bierun nowy), Alt-Berun (Bierun stary),
Bogutschütz (Bogucice), Birkenhof (Brzezinka), Morgentoth
(Czebzie), Chorzow (Chorzow), Schlessengrube (Chropaczow),
Czernitz (Czernica), Czermionka (Czermionka), Friedenshütte
(Nowy Bytom), Biemarzhütte (Hajduki wielkie), Ober-
Jastrzemb (Jastrzemb gorny), Stahlhammer (Kalety), Anurow
(Anurow), Koshlowitz (Kochowice), Koshentz (Koczin),
Hohenlinde (Jagiewniki), Georgenberg (Misteczko), Michal-
kowitz (Michalkowice), Idawitze (Panewnik), Friedenshütte
(Strzybnica), Neudach (Swierklanie), Schoppnitz (Szopnice),
Tschau (Tschau), Hohenlohehütte (Wielonowice), Loslau (Lodzis-
law), Wolschnitz (Woznik), Zalanz (Zalaz), Sohrau (Bory),
Kattowitz (Katowice), Myslowitz (Myslowice), Königshütte
(Krol. Huta), Nikolai (Mikotow), Pleß (Pleszyna), Antonien-
hütte (Wierek), Emmagrube (Kopalnia Emmy), Upline (Upliny),
Tarnowitz (Tarnowskie Gory).

Stadttheater Danzig. Es wird besonders darauf hinge-
wiesen, daß die heute, Donnerstag, abend stattfindende Erst-
aufführung von „Die Kronpräsidenten“ bereits um 8 Uhr
beginnt.

Obra. Eine Gemeindevertreterversammlung findet
heute, Donnerstag, nachmittags 6 Uhr im Rathaus mit
nachfolgender Tagesordnung statt: 1. Gemeindevorstand-
sitzung für 1922; 2. Erhöhung des Zuschusses für die Ver-
sicherung der von der Kreisparafasse ausgenommenen Dar-
lehn; 3. Wahl eines Armenpflegers für den 10. Bezirk;
4. Schulneubau bzw. Schulerweiterung.

Großer Werber. Eine bringliche Sitzung des
Kreisrates findet am Sonntag, den 9. Sept., vorm.
11 Uhr, im Saale des Kreisbanfes Liegenhof statt. Auf der
Tagesordnung stehen: Einführung neuer Kreisratsmitglie-
der; Errichtung eines Kreiskrankenhauses; Errichtung eines
Dienstwohngebäudes; Aufnahme einer Au-
leihe

Jahrplan für den Vorortverkehr.

Gültig ab 1. September 1922.

Danzig Hbf. — Joppot. 120, 212, 420 W, 512 W, 524, 526 W, 610 W, 700 W, 720 W, 740, 800 W, 830, 900, 920, 1000, 1080, 1110, 1210, 1230, 1250, 130, 200, 220 S, 240 S, 260, 310, 330 S, 340, 410, 420 S, 440, 520, 600, 620, 720 S, 740 S, 820, 840 S, 860, 920 S, 940, 980, 1010, 1020 S, 1080, 1110
Joppot — Danzig Hbf. 120, 212, 420 W, 520, 526 W, 610, 630 W, 710, 720 W, 730 W, 810, 830 W, 900, 920, 1000, 1030, 1100, 1140, 1200, 120, 130, 200, 210, 220 S, 310, 340, 400 S, 410, 440, 510, 530, 620, 640 S, 720, 740, 760 S, 820, 840, 860 S, 910, 920, 940 S, 1020, 1080, 1110 S, 1160
Danzig Hbf. — Langfuhr (Hendelberke). 620 W, 810 W, 1200 W, 1210 W, 210 W, 240 W, 420 W, 500 W, 515 W, 620 W, 720 W
Danzig Hbf. — Neufahrwasser. 210, 520 W, 540, 620 W, 650, 730 W, 830, 920, 1120, 1200, 1210, 130, 210, 310, 340, 410, 510, 610, 710, 810, 910, 1010, 1110
Neufahrwasser — Danzig Hbf. 210, 420, 520 W, 610, 700 W, 720, 800 W, 900, 1000, 1200, 1210, 130, 210, 310, 340, 410, 510, 610, 710, 810, 910, 1010, 1110
Danzig Hbf. — Praust. 310 F, 412, 420 W, 520, 540 W, 600, 640 W, 830, 840, 1010 T, 1210, 121, 200, 240, 310, 330 W, 500, 620, 810 T, 1020, 1040 T
Praust — Danzig Hbf. 420, 520 W, 614 W, 720, 751, 810 W, 910, 1020, 1020 T, 1210, 200, 320, 340 T, 414, 420 W, 620, 720, 820, 920 T, 1110 T
Obra — Danzig Hbf. 520, 540 W, 620 W, 730, 800, 830 W, 920, 1010, 1100, 102, 210, 300, 320, 420 W, 440 W, 610, 700, 820, 940, 1110

S bedeutet:züge verkehren nur an Sonn- und Festtagen, W bedeutet:züge verkehren nur an Werktagen, F bedeutet Fernzug, T bedeutet Triebwagen.

Danziger Stadttheater.

„Die lustigen Weiber von Windsor.“

Dieser Oper sicherte eine Musik, die dem komisch-phan-
tasischen Motiv in ehrlich deutschem Sinne Ausdruck ver-
leiht, stets eine freundliche Aufnahme und einen leichten Platz
im Repertoire unserer Bühnen. Viel von romantischem Ein-
fluß, soweit es um die Mitte des vorigen Jahrhunderts nur
möglich war, hat der Komponist eine Partitur geschrieben, die
aus dem Rahmen des deutschen Märchenwaldes mit naiver
Jungfräulichkeit und tiefer Weltallnahe seine ursprünglichen
Einfälle schöpft und überreich an musikalischer Kleinarbeit
doch den klaren Plan und die vornehm sichere Darstellung der
Figuren nie vermissen läßt.

Ihr Interpret war gestern War Holland, der sich
als temperamentvoller und unüchtiger Operndirigent
vorstellte; mit höchster Sorgfalt leitete er das nicht immer
ganz milde Orchester und trug besonders in der aus schillernden
Musiken gebauten Fünftakte dem romantischen Charak-
ter dieser Musik verständnisvoll Rechnung, ohne deren feines
und durchsichtiges Gewebe durch überhastete Tempus zu ver-
fälschen; um so unerschütterlicher war da die Verkleinerung der
fünfzehn Eingangsakte (Moderato). Sicher und
selbständig war die Führung in den Entensätzen; die
Leitfäden, die sich zwischen Orchester und Solostimmen,
die hier und da eine mehr zurückhaltende Begleitung ver-
dienten, allzu oft bemerkbar machten, dürften bei Wieder-
holungen ausgleichend sein. Der Falsch (Fisk M. eur) war
darstellerisch frei von hier so beliebten Übertreibungen,
erhielt von fester, jovialer Nummer. Die Stimme, die einen
schönen Umfang hat (das tiefe e des Trinksiedes klang voll
und rund), war, wie bei den in der weich tragenden Mittel-
lage über eine late Sprache und metallischen Glanz. Paula
v. Kronen (Frau Nulki) war in den Arien nicht so
sicher wie sonst während Alice u. d. Linden achalisch wie
darstellerisch eine beachtenswerte Leistung bot. Ernst Clo n
wirkte den eierförmigen Worten mit gewohnter Sicherheit
und war stimmlich in bester Verfassung. Richard Lude-
wig (Herr Reich), Walter Mann (Herr Spärlisch) und
Georg Harder (Dr. Casus) bewährten sich in ihren dank-
baren Rollen in aller Weise; Fredo Busch sang seinen
Kenton mit angenehmer Zurückhaltung und bot mit Gertrud
Welling, die ihre Rolle durchaus sympathisch und mit
besonderer Anerkennung durchführte, ein hübsches Liebes-
paar. Julius Brischke hatte das schnell wechselnde
Bühnenbild dem Stil der Oper mit Verständnis angepaßt
und die Chöre, deren Frauenstimmen ziemlich matt klangen,
gefällig und zwanglos gruppiert. Die Singsänger, die der
besetzte Trinksieder und die unverstärkte Fik mit sich

Arbeiter-Esperanto-Kongreß.

Der zweite Kongreß des internationalen, nationlosen
Arbeiter-Esperanto-Bundes „Sennacteca Socio Tutmonda“
 fand vom 12.—16. August in Frankfurt a. M. statt. Es
 waren 250 Delegierte aus 12 Ländern anwesend. Nach einer
 internationalen Begrüßung wurde der Geschäftsbericht ge-
 geben und u. a. ausgeführt, daß bei einem eventuell wieder
 ausbrechenden Krieg alle Anhänger der genannten Organi-
 sation in den kriegführenden Ländern Gelegenheiten haben
 müßten, mit Hilfe der Organisationsmitglieder in den vom
 Krieg vertriebenen Ländern dortselbst Schutz suchen zu kön-
 nen. Alsdann erfolgte das Lesen und Redaktionsbericht.
 Stadtrat Selliger begrüßte namens der Stadt Frankfurt die
 erschienenen Gäste und betonte, daß heute jeder Magistrat
 eigenbeiner Stadt nicht mehr achlos an der Esperanto-
 bewegung vorbeigehen könne. Frankfurt a. M. habe schon
 in früheren Jahren für die Einführung dieser Welthilfe-
 sprache in den Schulen großes Interesse gezeigt. Er gratu-
 liert den Veranlassern an der Wahl des großen französi-
 schen Schriftstellers Romain Rolland als Ehrenpräsidenten
 des Kongresses. Von bedeutendem Interesse und von einer
 Wichtigkeit, die über die Tagung der Internationalen hin-
 ausgeht, waren die Ausführungen des Professors Dr. F.
 Szterinski aus Ujhorod (Ungarn), der über einen prole-
 tarischen Weltkrieg sprach, an dessen Hand er nachwies, daß
 die Weltwirtschaftslehre, eine Überbevölkerung der Erde
 führe mit Notwendigkeit zu Kriegen, unvorstellbar ist, weil
 die Erde bei einer internationalen sprachlichen Ver-
 ständigung, die keine kapitalistischen Landesgrenzen kennt,
 dreimal mehr Menschen fassen. Der folgende Tag war wie-
 der für Sitzungen in Anspruch genommen worden, in denen
 geschäftliche Angelegenheiten erörtert wurden; abends fand
 ein großes internationales Meeting statt. Es sprachen Red-
 ner aus Kristiania, Prag, Troyes, Paris, London und
 Pilsen. Gefordert wurde die Verrückung der Sprachgrenzen
 zur Erleichterung der Weltwirtschaft Esperanto, um der
 Völkerverständigung und dem Sozialismus dienen zu können.
 Wenn die Arbeiter Esperanto als gemeinsames Verständig-
ungsmittel benutzen könnten, dann würden sie auf die
 Geschichte der Völker einen weit größeren Einfluß ausüben
 als jetzt. Auch der letzte Tag war mit geschäftlichen Be-
 ratungen ausgefüllt. Nach Erledigung der Tagesordnungs-
 endete der Kongreß mit dem gemeinsamen Gesang der
 Internationalen in Esperanto.

